

10 Jahre
NZZ Geschichte:
**Das Heft zum
Jubiläum**



6 Ordner

Wie lassen sich Papiere am besten sortieren und sammeln? Es gibt eine Erfindung, die für das Büro ebenso praktisch war wie für Diktaturen.

Von Christoph Ribbat

10 Geschichte im Kino

Eine Gratwanderung zwischen Faktentreue und Unterhaltung: Die Regisseurin Maria Brendle erzählt, wie sie einen Mordfall von 1904 verfilmte.

Von Peer Teuwsen



18 Muss alles immer besser werden?

Wir glauben, dass das Goldene Zeitalter nicht hinter, sondern vor uns liegt. In der Antike war es anders: Man hielt sich an die Vergangenheit.

Von Michael Sommer

26 Gemeinschaft gegen den Krieg

Es braucht Kooperation, um neue Katastrophen zu verhindern: Das erkannten die Europäer nach 1945. Bis heute steht die EU für diese Einsicht.

Von Ian Kershaw

31 Blüten in der Finsternis

Von Denise Tonella



34 Das Ende des neuen Glaubens

Das Vertrauen in den Fortschritt gehört zu den liberalen Gesellschaften der Moderne: Es ist an die Stelle der Religion getreten. Was passiert, wenn dieses Vertrauen erodiert?

Von Herfried Münkler

41 Stalin, Tito und Nonno Pietro

Von Zora del Buono

44 Nur Druck brachte die Frauen weiter

Bei der Gleichstellung hat sich in den letzten Jahrzehnten vieles verbessert. Aber das ist nicht der Einsicht der Männer zu verdanken.

Von Elisabeth Joris

49 Die letzten Tage der Menschheit

Von Martin Meyer

52 Wir Kinder der Cholera

Krisen können eine Chance für Fortschritte sein. So war es im 19. Jahrhundert, als eine tödliche Krankheit der direkten Demokratie in der Schweiz zum Durchbruch verhalf.

Von Caspar Hirschi

63 Siehe Napoleon

Von Roger de Weck

INHALT

66 Ein mörderisches Versprechen

Es kann in der Geschichte Fortschritte, aber nicht *den* Fortschritt geben. Wer ihn trotzdem verwirklichen wollte, landete in der Barbarei.

Von Thomas Maissen

73 Das Böse ist da

Von Katja Gentinetta

76 Zentrale der Innovation

Buchdruck, Brille, Dampfmaschine: Wenn es um Erfindungen ging, die die Welt veränderten, war Europa lange führend. Wie ist das zu erklären?

Von Bernd Roeck

81 Das Loch in der Wand

Von Thomas Hürlimann

84 Gescheiterte Revolutionen

In der Frühen Neuzeit erlebte die Schweiz eine Reihe von Aufständen. Sie waren alle erfolglos – und leiteten doch entscheidende Reformen ein.

Von Nadir Weber

89 Leidenschaft und Pragmatismus

Von Claude Longchamp



92 Das Fundament des Wiederaufbaus

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam Europa dank dem Marshall-Plan wieder auf die Beine. Er war das Resultat einer Lehre aus der Geschichte.

Von Tobias Straumann



96 Zeit allein heilt keine Wunden

Der Fortschritt, den die Moderne erlebte, hat Kollateralschäden angerichtet. Wer heute eine bessere Zukunft will, kommt nicht darum herum, die Vergangenheit zu reparieren.

Von Aleida Assmann

99 Wenn man die Zeichen sehen könnte!

Von Walter Thurnherr

102 Wunder geschehen

Von Alex Capus

Schlüsselmomente

104 Abschaffung der Folter

Viele Juristen verabscheuten sie – und hielten doch an der Folter im Strafverfahren fest. Dann sorgte der preussische König für einen Wandel.

Von Ute Frevert

Zugaben

110 Werkstatt

Historisches fürs Ohr: Wie zwei Freunde mit einem Geschichtspodcast Millionen erreichen.

Von Heinz Nauer

114 Empfehlungen

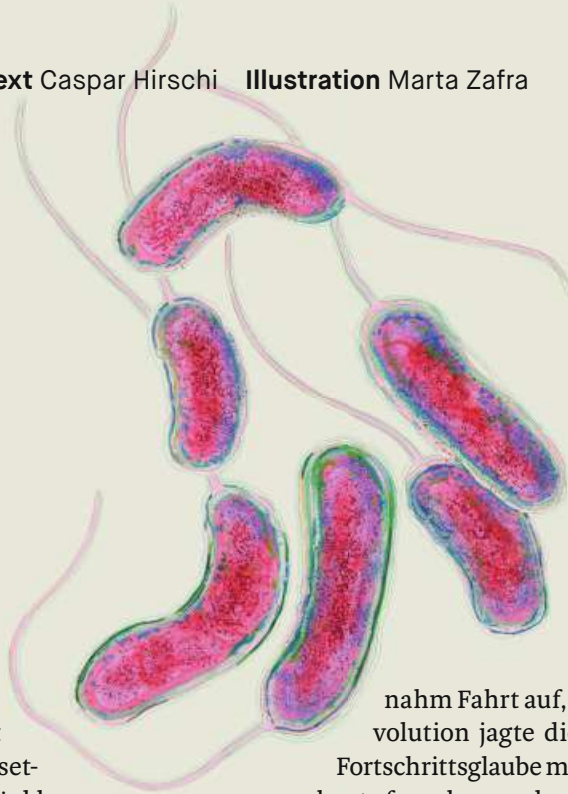
118 Das Buch meines Lebens

Von Lyndal Roper

WIR KINDER DER CHOLERA

Als im 19. Jahrhundert die Cholera grassierte, wurde die Krise zur Chance. Die Zeitgenossen verbanden den Kampf gegen die Epidemien mit politischen Projekten. So kam es, dass die tödliche Krankheit in der Schweiz der direkten Demokratie zum Durchbruch verhalf.

Text Caspar Hirschi **Illustration** Marta Zafra



Eine Gesellschaft, die an den Fortschritt glaubt, kann Berge versetzen, die zuvor unversrückbar schienen. Eine Gesellschaft, die den Glauben an den Fortschritt verliert, erliegt der Antriebslosigkeit des eigenen Pessimismus.

Als die Cholera nach Europa kam, traf sie auf eine Gesellschaft im Aufbruch. Es waren die Jahre nach 1830. Die Industrialisierung

nahm Fahrt auf, eine politische Revolution jagte die andere, und ein Fortschrittsglaube machte sich breit, der uns heute fremd geworden ist. Selbst schwere Krisen wurden von damaligen Beobachtern als Episoden einer schrittweisen Höherentwicklung betrachtet. Der französische Arzt und Ökonom Clément Juglar sprach für viele, als er 1862 festhielt, man müsse in Wirtschaftskrisen, Revolutionen, Kriegen und Epidemien

«bloss eine vorübergehende Schwäche» sehen, «die ein Vorspiel für noch schönere Bestimmungen» sei. Dieser Optimismus ist umso bemerkenswerter, als es im 19. Jahrhundert oft an verlässlichem Wissen im Umgang mit Krisen fehlte. Sind wir heute imstande, die Ursachen neuer Gefahren in Windeseile zu identifizieren, so stocherte man damals jahrzehntelang im Nebel.

So auch bei der Cholera: Der Kampf gegen die tödliche Krankheit, die in wiederkehrenden Epidemien über Europa rollte, dauerte schon über ein halbes Jahrhundert, als der Mediziner Robert Koch 1883 unter dem Mikroskop ein kommaförmiges Bakterium entdeckte, mit dem er die Ursache der Choleraausbrüche wissenschaftlich klären konnte. Erstaunlich aus heutiger Sicht ist jedoch, dass es zu diesem Zeitpunkt vielerorts schon gelungen war, Choleraepidemien für immer zu überwinden. Wie war dieser Erfolg ohne gesichertes Wissen möglich?

Zunächst verblüfft, wie oft aus falschen Annahmen richtige Schlüsse für die Eindämmung der Krankheit gezogen wurden. Dann fällt auf, dass die Cholera nie als isoliertes Problem betrachtet wurde: Das Vorgehen war in viel umfassendere Fortschrittsvorhaben integriert. Das betrifft zum einen den radikalen Umbau von Städten, der das urbane Leben im wörtlichen und übertragenen Sinn auf ein neues Fundament stellte. Zum anderen wurde der Kampf gegen die Cholera eng mit dem Kampf um die politische Ordnung verknüpft – besonders in der Schweiz: Die erste Choleraepidemie erreichte Europa 1829, kurz bevor in der Eidgenossenschaft liberale Revolutionäre neue Kantonsverfassungen mit ausweiteter Wahlrecht, Presse- und Gewerbefreiheit einführten. Die letzte und schlimmste Epidemie auf Schweizer Gebiet ereignete sich 1867 in Zürich, kurz bevor radikale Revolutionäre die erste direktdemokratische Kantonsverfassung mit Initiativ- und Referendumsrecht durchsetzten.

War die anfängliche Gleichzeitigkeit von gesundheitlicher und von politischer Krise noch ein Zufall, bestand beim letzten Aufeinandertreffen ein kausaler Zusammenhang. Insofern sind wir heute als Bürgerinnen und Bürger mit direktdemokratischen Rechten alle Kinder der Cholera.

Dass europäische Gesellschaften gut hundert Jahre nach dem letzten Pestaussbruch eine neue Seuche bekämpfen mussten, war eine Folge des Kolonialismus. Die Cholera kam auf den gleichen Wegen nach Europa wie der Kaffee und die Baumwolle. In Analogie zum blinden Passagier könnte man sie als «blindes Produkt» bezeichnen, das in den Körpern und Ausscheidungen von Seeleuten auf Handelsschiffen von den Häfen Südasiens aus in die ganze Welt exportiert wurde. Für zeitgenössische Mediziner waren die Bakterien, die das Leiden verursachten, ebenso unsichtbar wie die Wege der Übertragung, die meistens über verunreinigtes Trinkwasser und menschliche Träger ohne Symptome erfolgte.

Bevor die Britische Ostindien-Kompanie im 18. Jahrhundert den indischen Subkontinent unter ihre Kontrolle brachte, war die Cholera eine endemische Krankheit im dicht bevölkerten Gangesdelta. Sporadisch wurde sie von hinduistischen Pilgern in entlegene Gebiete Indiens eingeschleppt, dürfte aber kaum grössere Epidemien ausgelöst haben. Zur ersten dokumentierten Cholerapandemie, die weite Teile Asiens von Syrien bis Japan erfasste, kam es nach 1817, und ein entscheidender Faktor waren schon damals die britischen Schiffe der Navy und der East India Company. Unter den Millionen Menschen, die der Krankheit erlagen, befanden sich auch etwa zehntausend Mann der britischen Armee.

Nach Europa gelangte die Cholera über Russland. 1829 und 1830 brach die Krankheit in mehreren Hafenstädten des Zarenreichs aus und breitete sich von dort über Ungarn, Deutschland und Österreich bis nach Frankreich und Grossbritannien aus. Für die Behörden der zuerst betroffenen Länder stellte sich die Frage, wie sie mit einer Krankheit umgehen sollten, deren Verlauf, Verbreitung und Gefährlichkeit sie kaum einschätzen konnten. Sie machten das, was in solchen Situationen fast eine historische Konstante ist: die neue Krise mit den Waffen der letzten Krise bekämpfen. Das waren jene gegen die Pest. Russland, Österreich-Ungarn und Preussen waren monarchische Staaten mit grossen Armeen und starken Polizeikräften. Sie nutzten ihre Repressionsapparate, um Einreise- und

Handelssperren zu errichten, betroffene Gebiete abzusperren, Kranke zu isolieren und Verdächtige unter Quarantäne zu stellen.

Ihre massiven Eingriffe ins Gesellschaftsgefüge waren von der Annahme geleitet, dass es sich bei der Cholera wie bei der Pest um eine ansteckende Krankheit handle, die sich durch einen unbekannten Erreger, ein «Contagium», von Mensch zu Mensch übertrage. Allein, gerade zu diesem Punkt entbrannte in medizinischen Fachkreisen eine Kontroverse, die auf Jahrzehnte hinaus ungelöst bleiben sollte. Sie wurde angeheizt durch Beobachtungen zur Ausbreitung der Cholera, die nach damaligem Kenntnisstand unterschiedliche Folgerungen zuließen.

Die Epidemien brachen vor allem in dicht bevölkerten Gebieten mit armen Einwohnern, überfüllten Latrinen und strengen Gerüchen aus. Akut Erkrankte litten an Brechdurchfall, wurden von Krämpfen geschüttelt, und ihre Haut verfärbte sich blau. Die Hälfte von ihnen starb innerhalb von Stunden oder wenigen Tagen. Aufgrund der räumlichen Konzentration der Krankheit und der zeitlichen Abfolge der Ausbrüche an verschiedenen Orten hielten manche Mediziner die Cholera für ansteckend. Dagegen sprach jedoch aus der Sicht anderer Experten, dass medizinisches Betreuungspersonal vor Ort sowie Einwohner in der Nachbarschaft von Seuchenherden oft verschont blieben. Sie vertraten daher eine alternative Theorie, wonach die Cholera durch «Miasmen», das heisst übelriechende Luft, die dem fauligen Boden entweiche, verursacht werde.

Die Miasma-Theorie entstammte der griechischen Antike, hatte im 19. Jahrhundert aber immer noch zahlreiche Anhänger, die mit dem alten Gedankengut neue Ziele verfolgten, darunter die Einübung von Hygieneregeln und die Erneuerung sanitärer Systeme. Auf ähnliche Massnahmen setzten sie auch im Kampf gegen die Cholera. Kurzfristig empfahlen sie, verseuchte Räume zu reinigen und zu lüften, Latrinen zu leeren, Lazarette einzurichten und Bewohner betroffener Gebäude in Notunterkünfte ausserhalb der Seuchengebiete zu evakuieren. Auf lange Frist forderten sie sanitarische Reformen,

die sowohl das hygienische Verhalten verändern als auch die Abwasserentsorgung modernisieren sollten.

In der Auseinandersetzung zwischen «Kontagionisten» und «Miasmatikern», Anhängern der Ansteckungs- und solchen der Ausdünstungstheorie, stand aber weit mehr auf dem Spiel als die Frage der wissenschaftlichen Wahrheit und der wirksamen Massnahmen. Hier entstand eine neue Arena zur Austragung des politischen Grundkonflikts der Zeit zwischen freiheitlich-liberalen und autoritär-konservativen Kräften.

Kontagionisten der ersten Stunde riefen, wie der Historiker Peter Baldwin gezeigt hat, nach der harten Hand des Staats, um die Gesundheit der Untertanen zu schützen, und warfen ihren Gegnern vor, die staatliche Autorität zu untergraben, indem sie das Allgemeinwohl dem Eigennutz von Kaufleuten und Industriellen opferten. Miasmatiker wiederum prangerten die Zwangsmassnahmen als wirkungslose Waffe gegen die Cholera, aber umso wirkungsvolleren Vorwand zum Ausbau der obrigkeitlichen Macht an. Einer ihrer Wortführer, der Berliner Arzt Albert Sachs, bewertete die «Contagiositätstheorie» 1831 als «absolutistisch» und beschrieb ihre Anhänger als hörige Staatsdiener, während er sich und seine Mitstreiter zu unabhängigen «Antizwängern» erklärte.

Konkret lehnten die Miasmatiker vor allem die Wiedereinführung von Quarantänen ab, die erstmals im Spätmittelalter zur Eindämmung der Pest erprobt worden waren. Sie fühlten sich in ihrer Kritik bestätigt, als es in abgeriegelten Hafenstädten von Königsberg bis Liverpool bereits Anfang der 1830er Jahre zu Aufständen kam. Diese «cholera riots» wurden in der Folge zu einer rituellen Form der Reaktion auf behördliche Versuche, die Ausbrüche einzudämmen.

Wie reagierten die Schweizer Behörden auf die neue Bedrohung? Erstaunlich rasch und pragmatisch für ein dezentrales Gebilde, das gerade eine Phase radikaler Reformen durchlief. Kaum war es in Russland zu ersten Ausbrüchen gekommen, stellte die Tagsatzung 1829 eine «Sanitarische Commission» mit fünf Mitgliedern aus verschiedenen Landesteilen auf, von denen die einen mehr politische, die anderen mehr medizi-

nische Erfahrung einbrachten. Den Vorsitz hatte ein renommierter Liberaler aus einem katholischen Kanton, der Luzerner Eduard Pfyffer.

Anfänglich stand die Kommission unter dem Eindruck der Massnahmen, die die Monarchien in Osteuropa ergriffen hatten. Sie verstand die Cholera als «pestartige Seuche» und empfahl der Tagsatzung, sowohl an den Aussengrenzen der Eidgenossenschaft als auch zwischen den Kantonen ein sanitarisches Kontrollregime aufzuziehen. Als die Ausbrüche 1831 von Osten her näher kamen, ging die Kommission noch weiter und forderte einen «Cordon sanitaire», das heisst eine möglichst lückenlose Sperre der «Schweizergrenze vom Bodensee hinweg bis an die Grenze der piemontesischen Staaten».

Quarantänen und Grenzsperrern und stützte sich auf das Argument, die Cholera müsse zwar «als ansteckend angesehen werden», aber beim Erreger handle es sich um eine flüchtige kontagiöse Substanz, die sich über die Luft verbreite und damit jede Sperre überwinden könne.

Interessant an dieser Aussage ist zunächst, dass sie eine korrekte Beobachtung an eine falsche Theorie anknüpfte. Tatsächlich war die Cholera mit den alten polizeilichen Mitteln des Gesundheitsschutzes nicht aufzuhalten, nur lag dies nicht an einer Luftübertragung des Erregers über weite Distanzen, sondern am hohen Anteil von Angesteckten ohne Symptome, die Grenzsperrern unbemerkt passieren konnten. Bedeutsam war die Aussage aber vor allem, weil das

Die Monarchien reagierten mit Quarantänen auf die Krise. Die Schweiz wählte einen anderen Weg.

Was dann geschah, hat der Historiker Séveric Yersin vor kurzem in einer Dissertation aufgearbeitet: Die Tagsatzung setzte nach einer «ernsthaften Beratung» eine neue Kommission ein und besetzte sie diesmal nur mit medizinischen Experten. Sie formulierten grosse Vorbehalte. Grenzschiessungen seien «wenn nicht gerade unmöglich, so höchst schwierig», wobei sie auf die «damit verbundenen Ausgaben und die Hemmung des Verkehrs unter der gewerbetreibenden Klasse» verwiesen. Unter dem Eindruck der liberalen Revolutionen, die vor allem in grenznahen Kantonen stattgefunden hatten, vollzog die Eidgenossenschaft in kurzer Zeit eine gesundheitspolitische Wende, mit der sie sich vom Vorgehen der umliegenden Länder distanzierte.

Diese Wende war umso bemerkenswerter, als ihr kein Positionswechsel vom Kontagionismus zur Miasma-Theorie zugrunde lag. Als die Cholera 1836 mit kleineren Ausbrüchen im Tessin erstmals auf Schweizer Boden auftrat, bekräftigte die Tagsatzung ihre Ablehnung von

oberste Organ der Eidgenossenschaft einer Strategie der Unterdrückung der Krankheit eine Absage erteilte und sich umso dezidierter zur Aufrechterhaltung des Personen- und Warenverkehrs im Krisenfall bekannte.

Zudem rang sich die Tagsatzung zu einer eidgenössischen Kollektivhaftung für lokal anfallende Kosten bei einem akuten Krisenherd durch. Ein Jahr später beschloss sie, die von Choleraausbrüchen heimgesuchten Kantone für ihren finanziellen Aufwand zu entschädigen. Damit erklärte sich die Schweiz in ihrer Gesundheitspolitik erstmals zu einer nationalen Solidargemeinschaft – und das über zehn Jahre vor der Gründung des modernen Bundesstaats.

Die Bundesverfassung von 1848 erhob den freien Personen- und Warenverkehr innerhalb der Schweiz zum liberalen Grundprinzip, und der neu geschaffene Bundesrat hatte bald Gelegenheit, die bisherige Ausrichtung der Pandemie-

Fortsetzung auf Seite 58

2020

Aderlass statt Tanzbetrieb: Im Dezember stellt der Lausanner Club MAD sein geschlossenes Lokal fürs Blutspenden zur Verfügung. Covid regiert, und die Spendedienste können ihre Aktionen nicht mehr in den Spitälern durchführen. Mit dem Virus ist ein Zustand zurückgekehrt, den man in Europa überwunden glaubte: Während einer ansteckenden Seuche ist Gesundheit nichts rein Privates mehr, sondern auch ein gemeinschaftliches Gut, das es zu schützen gilt. Ein Umbruch, der die Gesellschaft ebenso auf die Probe stellt wie der Verzicht auf das öffentliche Leben.

Bild: Denis Balibouse / Reuters





politik in einer neuen Bedrohungssituation zu bekräftigen. Im Revolutionsjahr wurde Europa von einer dritten globalen Cholerapandemie erfasst, die sich während der folgenden Jahre in mehreren Wellen über den Kontinent ausbreitete. 1848 brach die Krankheit in London, ein Jahr später in Paris aus. Allein in Frankreich forderte die Pandemie mehrere hunderttausend Tote. Obwohl die liberalen Revolutionen in allen Ländern ausser der Schweiz scheiterten, gaben manche Regierungen Quarantänen und Grenzsperrern auf und verstärkten dafür ihre hygienischen Bemühungen um saubere Häuser, Strassen und Wasserläufe. Je mächtiger die Ideen der «Antizwänger» wurden, desto mehr verloren sie ihren politischen Beigeschmack.

Just zum Zeitpunkt, als die Miasma-Theorie nach der Formel «All smell is disease» – jeder Gestank ist Krankheit – international den höchsten Zuspruch fand, kam in London der Arzt John Snow dem ursächlichen Zusammenhang von Choleraausbrüchen auf die Spur. Anfang 1855 veröffentlichte Snow eine Karte des Londoner Stadtteils Soho, auf der er zu jedem Haus die Anzahl Todesopfer der Cholera aus dem Vorjahr sowie die öffentlichen Pumpen für die Wasserversorgung eintrug. Die Karte zeigte eine geografische Häufung der Fälle im Umkreis der Wasserpumpe an der Broad Street. Snow wollte mit ihr nachweisen, dass die Cholera ansteckend sei und in dicht besiedelten Stadtgebieten auf zwei verschiedenen Übertragungswegen Epidemien auslöse. Einerseits werde das krank machende «Gift» direkt von Mensch zu Mensch über die Aufnahme körperlicher Ausscheidungen übertragen, andererseits indirekt über Trinkwasserquellen, die durch Exkremente erkrankter Menschen kontaminiert seien. Weil Snow jedoch für das ansteckende «poison» keine Belege besass und die von ihm gesammelten Daten auch miasmatisch erklärt werden konnten, blieb seine Hypothese zu den Ursachen der Cholera lange nur eine unter vielen.

Im gleichen Jahr, als John Snow seine Studie publizierte, brach in Basel die Cholera aus. Die Stadtregierung reagierte rasch, setzte eine «Cholera-Commission» ein und betraute erfahrene Ärzte mit der Überwachung der Lage und der

Umsetzung von Massnahmen. Obwohl Basel eine Grenzstadt war, wurden weder ein «Cordon sanitaire» noch eine Quarantäne erwogen. Umso intensiver kümmerte sich die Kommission um die Betroffenen. Für Erkrankte, die in ihrem Zuhause nicht isoliert werden konnten, wurden separate Choleraabteilungen in den Krankenhäusern eingerichtet, während ihre Angehörigen in der Kaserne im Klingental Aufnahme fanden, wo sie aus präventiven Gründen auf Staatskosten ernährt wurden. Derweil liess die Kommission ihre Häuser reinigen und lüften. Gleichzeitig erhob sie laufend Daten zu neuen Krankheits- und Todesfällen, untersuchte allfällige Zusammenhänge und nahm Nachforschungen zu den lokalen Ursachen der Ausbrüche vor.

Dabei liess sich die Kommission nicht von einer bestimmten Cholera-theorie leiten, sondern verband auf eklektische Weise kontagionistische und miasmatische Ideen. Stand hinter der Evakuierung von betroffenen Häusern die Annahme, die Krankheit werde «zum Theil durch Ansteckung verbreitet», wurde das Entleeren undichter «Abtrittgruben und Güllenbehälter» von der Absicht geleitet, die «schädliche Ausdünstung» aus verschmutzten Böden zu beseitigen. Auch die Möglichkeit, dass durch Fäkalien verschmutztes Trinkwasser die Krankheit verbreiten könnte, spielte im Vorgehen der Kommission eine Rolle. So liess sie einen Brunnen an der Rheingasse abstellen, nachdem bei einer «chemischen Untersuchung» Spuren aus höher gelegenen Latrinen gefunden worden waren.

Die eklektische Haltung der Basler Cholera-kommission erhöhte den Aufwand durch eine Fülle verschiedener Massnahmen. Zugleich aber förderte sie ein ganzheitliches Verständnis der Krise, in dem Faktoren wie Armut, Infrastruktur, Wetter und Umwelt Berücksichtigung fanden. Als die Epidemie im Herbst abgeebbt war, hatte die Kommission 399 akut Erkrankte erfasst, von denen 205 gestorben waren. Die meisten Fälle traten, wie Inga Birkhölzer in einer Masterarbeit nachgerechnet hat, am Kleinbasler Rheinufer oberhalb der Mittleren Brücke und entlang des Rümelinbachs in Grossbasel auf. An beiden Orten herrschten enge und prekäre Verhältnisse.

Nach getanem Krisendienst erstellte der federführende Arzt und Gerichtsmediziner Ludwig de Wette für die Kommission einen Bericht, der mit forensischer Akribie das Geschehene aufarbeitete. Ein Jahr später doppelten die Choleraexperten nach und legten dem Grossen Rat ein Reformpapier vor, das die Krise als Weckruf zum Umbau Basels in eine von Dreck und Armut befreite Stadt darstellte. Für die Autoren hatten die «Vorurteile oder Nachlässigkeiten früherer Perioden» sowie die «Gleichgültigkeit» der Gegenwart zu den «schreienden Übelständen» geführt, die im Zuge der «durchgemachten Katastrophe» sichtbar geworden seien. Nun versprachen sie sich von der «gänzlich anders gewordenen öffentlichen Meinung», die der «Weisheit aus der

Zehn Jahre später bezahlte die Stadtbevölkerung dafür den Preis, als eine Typhusepidemie, die sich ebenfalls über verunreinigtes Trinkwasser ausbreitete, 450 Todesopfer forderte.

Auch in Zürich schoben die liberalen Machträger nach einem glimpflich überstandenen Choleraausbruch von 1855 die «Kloakenreform» auf die lange Bank. Während in umliegenden Ländern der Boden ganzer Metropolen aufgerissen und kilometerweise Kanalisationsrohre verlegt wurden, ragten in den kleinen Schweizer Städten die Latrinen weiterhin wie Orgelpfeifen aus den Rückwänden von Altstadthäusern hervor, während die Rinnsale darunter den sich auftürmenden Kot kaum wegzuschwemmen vermochten.

Es brauchte einen weitsichtigen Vorsorgestaat, um die Choleraepidemien zu überwinden.

Gasse» folge, dass die «entsprechenden Verbesserungen» in die Wege geleitet würden.

Um Druck auf den Grossen Rat auszuüben, beriefen sich die Autoren auf den demokratischen Willen, auf bürgerliche Tugenden und auf den technologischen Fortschritt. Sie geisselten die private Tierhaltung am verschmutzten Ufer des Birsig als «Überrest einer patriarchalischen Zeit», forderten die Beseitigung offener Latrinen aus Gründen der Gesundheit wie des «Anstands» und erklärten die «förmliche Canalisierung» des Abwassers zur Voraussetzung für eine dauerhafte Abwehr der Cholera. Das Ideal der sauberen Stadt, das den Experten 1856 vorschwebte, nahm die Realität vorweg, die für uns längst Normalität ist: Die menschliche Notdurft verschwindet hinter den Kulissen, der penetrante Gestank weicht der geruchsfreien Luft, und im Untergrund fliesst durch ein getrenntes Kanalsystem das Trinkwasser zu und das Dreckwasser ab.

Allein, die politischen Eliten Basels liessen dem Drängen der Experten keine Taten folgen.

In der damaligen Tatenlosigkeit der Schweizer Politik zeigte sich die Zweischneidigkeit des Liberalismus im Umgang mit Krisen. Einerseits bewahrte das liberale Bekenntnis zu bürgerlichen Freiheiten und zum schlanken Staat die Behörden eher davor, in Bedrohungslagen mit repressiven Massnahmen zu überschies sen. Andererseits bremste es sie beim Aufbau von präventiven Infrastrukturen in ruhigeren Zeiten.

Um die Choleraepidemien zu überwinden, musste sich der liberale Nachtwächterstaat erst zum weitsichtigen Vorsorgestaat wandeln, der bereit und fähig war, viel Geld für das langfristige Wohlergehen seiner Bürger auszugeben. Denn der sanfte Druck der technologischen Modernisierung kostete die öffentliche Hand langfristig mehr als der harte Zwang der polizeilichen Unterdrückung, mit dem autoritäre Staaten ihre Untertanen vor Gefahren «schützten». Hier kam ein Paradox des Liberalismus zum Tragen, das bis heute fortwirkt: Ein schwacher Staat ist nur in Schönwetterlagen ein freier Staat, denn er kann

nicht verhindern, dass jede kleine Krise in eine Katastrophe mündet und das Fundament der bürgerlichen Freiheit – ein Mindestmass an Stabilität – zerstört.

Das letzte Kapitel der Schweizer Fortschritts-geschichte in Sachen Cholera wurde an der Limmat geschrieben. Erst aber brauchte es einen Schritt zurück, bevor zwei nach vorne getan werden konnten. Nach 1860 wuchs die Bevölkerung in Zürich wegen der starken Industrialisierung schneller als in jeder anderen Schweizer Stadt. Das Baugewerbe hielt mit der Entwicklung nicht mit, so dass die Bevölkerungsdichte in Arbeiterquartieren massiv zunahm. 1866 vermehrten sich die Anzeichen, dass eine neue Cholera-epidemie auf die Schweiz zukam, nachdem die

Kranke zu isolieren und ihre Angehörigen unter Quarantäne zu stellen seien.

Zehnder nahm in diesem Punkt denn auch eine repressivere Haltung ein als seine Basler Kollegen ein Jahrzehnt zuvor. Er hielt es 1866 für geboten, «dass wir eine Familie, in der die Cholera auch nur Ein Glied ergriffen hat, möglichst isolieren, dass wir jeden unnötigen Verkehr mit derselben verbieten». Häuser, in denen sich Kranke aufhielten, seien kenntlich zu machen, damit die Bevölkerung jeglichen Kontakt mit ihren Bewohnern mieden. Im gleichen Atemzug forderte Zehnder für sein eigenes Amt als Bezirksarzt, er müsse zu Beginn eines Ausbruchs «mit den nötigen Vollmachten» ausgestattet werden, damit er ohne zeitraubende Konsultationen «nach

1867 glich Zürich einem «grossen Sterbehaus», die Cholera forderte fast fünfhundert Tote.

Krankheit die Armeen im Preussisch-Österreichischen Krieg dezimiert hatte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich ein modifizierter Kontagionismus etabliert, der Snows Hypothesen aufnahm und mit Bestandteilen der Miasmenlehre verknüpfte. Die meisten Experten hielten die Cholera mittlerweile für ansteckend, manche waren auch überzeugt, dass äusserlich gesunde Menschen die Krankheit übertragen könnten. Diese Ansicht vertrat auch der einflussreiche Zürcher Bezirksarzt Carl Zehnder. Für ihn spielten Miasmen nur noch eine nachgeordnete Rolle als Multiplikatoren der Ansteckung, indem sie das «Gift» des Erregers in verseuchten Latrinen oder Böden freisetzen und die Krankheit damit leichter unter den Angehörigen einer infizierten Person verbreiteten. Brisant an dieser Kombinationstheorie war, dass sie die Übertragbarkeit der Cholera höher und die Krankheit damit noch gefährlicher erscheinen liess, als sie tatsächlich war. Für Verfechter dieser Theorie stellte sich mit neuer Dringlichkeit die Frage, ob

Oben und Unten» den Polizeikräften Anweisungen zum Eingreifen geben könne. Damit beanspruchte er für sich die Rolle eines medizinischen Expertokraten auf Zeit für die Bewältigung der nächsten Epidemie.

Die angekündigte Krise suchte Zürich im darauffolgenden Jahr heim. Wenige Monate zuvor hatte die Kantonsregierung angesichts der nahenden Gefahr endlich eine Kloakenreform beschlossen. Der Ausbruch der Cholera kam dem Beginn der Bauarbeiten jedoch zuvor. Die Antwort der Behörden trug Zehnders Handschrift. Auf einer Stadtkarte wurden alle Gebäude mit Cholerafällen eingefärbt, wobei je nach Anzahl der Kranken in einem Haus verschiedene Farben zum Einsatz kamen. Schon bald leuchtete das überfüllte Niederdorf in allerlei Farben, während in der übrigen Innenstadt nur vereinzelt rote Flecken auftauchten – Rot stand für Häuser mit einer einzelnen Erkrankung.

Sah das Vorgehen auf dem Papier noch planmässig aus, so herrschten in den Gassen bald

Willkür und Überforderung. Zehnders Medizinaldirektion hatte ihre Rechnung ohne die Bevölkerung gemacht. Sie ordnete an, Häuser mit Cholerafällen neun Tage unter Quarantäne zu stellen, und erwartete, die Bewohner würden sich widerstandslos einsperren lassen. Was stattdessen geschah, hat der Medizinhistoriker Flurin Condrau rekonstruiert: Zuerst verloren Zehnders Polizeikräfte den Überblick. Sie verwechselten Häuser mit und ohne Cholerafälle, liessen Kübel voller Exkremente liegen und kutschierten Erkrankte vorschriftswidrig durch die Stadt. Zahlreiche Einwohner durchbrachen die Sperren, während andere von der Stadt hohen Schadenersatz verlangten.

Derweil stieg die Zahl der Angesteckten und Toten rasant. Erst als die Situation ausser Kontrolle war, löste die Medizinaldirektion die Quarantänen auf. Nur hatte sie nicht genügend Unterkünfte bereitgestellt, um die zahlreichen Angehörigen von Cholerapatienten zu evakuieren, so dass viele in ihren Häusern ausharren mussten. Das öffentliche Leben kam zum Erliegen. Wer Zürich im Herbst 1867 besucht habe, schrieb der Lokalautor Traugott Koller aus der Rückschau, habe sich «in ein grosses Sterbehaus versetzt» gefühlt. Die Epidemie forderte 481 Tote, mehr als jeder andere Choleraausbruch in der Schweiz.

Kaum war die Epidemie im Oktober 1867 vorbei, brach die nächste Krise aus, und diesmal erfasste sie den ganzen Kanton. Anders als zwölf Jahre zuvor in Basel traf die Cholera in Zürich auf eine Gesellschaft, die sich in politischer Gärung befand. Die Machtballung der liberalen Elite um den «Eisenbahnbaron» und Politiker Alfred Escher hatte radikalen Kräften Auftrieb gegeben, die eine breitere politische Beteiligung forderten. Beflügelt von der gesellschaftlichen Empörung über das Behördenversagen in Zürich, rief die aus Winterthur stammende Demokratische Bewegung im *Landboten* zu informellen «Landsgemeinden» als Protest gegen das «System Escher» auf, um eine direktdemokratische Revision der Kantonsverfassung zu erzwingen.

Ihr Ton war zugleich populistisch und progressiv. Sie rechnete die Zürcher Medizinaldirektion dem «geschlossenen Klüngel» um Alfred

Escher zu und machte die Liberalen für das Elend der choleraageplagten Arbeiterschichten verantwortlich. Der Demokrat Karl Bürkli, selbst Spross einer liberalen Familie, setzte Eschers «System» direkt mit der Cholera gleich: «Unter System verstehe ich den verderblichen Einfluss der Interessenwirtschaft, voran die Nordostbahn als Hauptquartier, die Kreditanstalt, viele grosse Industrielle, die Beamtenassekuranz und Freimaurei. Das System, wie die Cholera, ist nicht mit Händen zu greifen, aber man spürt es in allen Gliedern.» Nach dem Motto «Alles für das Volk, alles durch das Volk!» forderte die Demokratische Bewegung das Initiativ- und Referendumsrecht, die Volkswahl von Regierenden und Richtern, kostenlosen Volksschulunterricht und eine progressive Vermögenssteuer.

Die Liberalen verteidigten in der *Neuen Zürcher Zeitung* das repräsentative System, räumten aber angesichts der überwältigenden Mehrheit der Demokraten bald das Feld. Am 28. Januar 1868 stimmten 78 Prozent der Stimmberechtigten des Kantons Zürich für eine Verfassungsrevision, die ein gutes Jahr später die Kernanliegen der Demokratischen Bewegung umsetzte. Fast zur gleichen Zeit begannen die Arbeiten an einem Netz von Abwasserkanälen, das bis 1873 bereits eine Länge von achtzig Kilometern erreichte. Der Kanton Zürich durchlief einen radikalen Umbau unter und über dem Boden, der das politische und gesellschaftliche Leben für immer veränderte. Hier – und nicht auf einer Voralpenwiese oder einem Schlachtfeld – beginnt die Geschichte der direkten Demokratie, und von hier aus eroberte sie zuerst die anderen Kantone und dann den Schweizer Bundesstaat.

Die epidemische Cholera kam nicht mehr zurück, und die direkte Demokratie ging nicht mehr weg. Aus zwei schweren Krisen resultierte ein doppelter Fortschritt, dessen Früchte wir noch heute ernten. Er wurde herbeigeführt, ohne dass seine Architekten die Ursachen der Cholera oder die Folgen der direkten Demokratie kannten. Erst fünfzehn Jahre später entdeckte Robert Koch das Cholerabakterium, und es dauerte noch länger, bis die Veränderungen durch die direkte Demokratie in der Schweiz sichtbar wurden.

Weitsicht und Wagemut hatten den Mangel an Wissen mehr als aufgewogen.

Die Gegenwart ist in ihrem Umgang mit Krisen in vielem das Gegenteil des 19. Jahrhunderts. Taucht heute eine neue Gefahr auf, folgt das nötige Wissen für ihre Bekämpfung meist auf dem Fuss. So können akute Krisen, wie beim Credit-Suisse-Kollaps, im Keim erstickt oder, wie in der Corona-Pandemie, stark eingedämmt werden. Möglich sind solche Kriseninterventionen aber nur, weil der Staat des 21. Jahrhunderts eine Fülle an Ressourcen einsetzen kann, um neues Wissen sofort in politische Wucht umzuwandeln. Der Vorsorgestaat hat sich zum Interventionsstaat ausgeweitet.

Mit den gesteigerten Möglichkeiten der politischen Krisenintervention hat sich aber auch die gesellschaftliche Krisenwahrnehmung verschoben. Heute dominiert das Bild der Krise als Schadenereignis, das in eine liebgewonnene Normalität einbricht. Die Idee, dass Krisen auch Chancen sein können, um die Weichen für die Zukunft neu zu stellen, ist verkümmert. Der Gegenwart ist vor lauter Effizienzerwartung an die Krisenbekämpfung der Fortschrittsglaube im Umgang mit Notlagen abhandengekommen.

Am besten sichtbar wird diese Entwicklung in jenen Momenten, in denen die akute Phase von Krisen überwunden scheint. Als die Corona-Pandemie ein Ende fand, war die Sehnsucht nach einer «Rückkehr zur Normalität» so gross, dass jede Energie für gesundheitspolitische Reformen verpuffte. Es gab in der modernen Geschichte wohl noch nie eine so kolossale Krise, aus der so kümmerliche Lehren gezogen wurden.

Das gleiche Muster zeigte sich, als der unkontrollierte Zusammenbruch der Credit Suisse durch den staatlich subventionierten Verkauf an die UBS abgewendet war. Auf die Erleichterung, an einer Finanzkrise vorbeigeschrammt zu sein, folgte gleich die Verdrängung des noch viel grösseren Risikos, das sich der Schweizer Staat mit nur noch einer «global systemrelevanten» Bank aufgebürdet hat. Die Frage, wie die Politik mit diesem Risiko umgehen will, ist zwei Jahre nach der Krise noch immer nicht geklärt.

Hier zeigt sich ein weiterer Verlust, der mit der Konzentration auf die Krisenunterdrückung

einhergeht: Die politische Weitsicht fällt dem Diktat der kurzfristigen Schadenvermeidung zum Opfer. Ein wesentlicher Grund, warum die Schweiz im Falle eines nächsten UBS-Kollapses vor dem Staatsbankrott stehen könnte, liegt darin, dass den Behörden im entscheidenden Moment der Mut fehlte, eine lang vorbereitete, jedoch unerprobte Lösung zu wählen, mit der die kurzfristigen Krisenrisiken etwas höher, die langfristigen aber tiefer gewesen wären. Diese Lösung war die Too-big-to-fail-Regulierung, die eine geordnete Abwicklung der maroden Bank vorsah. Sie hätte zudem den liberalen Grundwerten der Schweiz besser entsprochen als das staatliche Fusionsgeschenk an die grösste Konkurrentin.

Die Logik der kurzfristigen Schadenvermeidung hat die Schweizer Politik in eine Situation gebracht, in der sie alle Krisen abzuwehren versucht, die auf sie zufliegen, dabei aber vergessen hat, wohin die eigene Reise gehen soll. Das viele Wissen kann den Mangel an Weitsicht und Wagemut nicht aufwiegen. |G|



Caspar Hirschi, Jahrgang 1975, ist Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen. Er gehört seit 2015 dem wissenschaftlichen Beirat von *NZZ Geschichte* an und hat zahlreiche Artikel für das Magazin verfasst, zuletzt: *Populismus. Vom Dünger zum Gift für die Demokratie* (Nr. 30, Oktober 2020). Sein jüngster Aufsatz *Neokontagionismus in Krisen* behandelt den Kollaps der Credit Suisse und erschien in der Februar-Ausgabe des *Merkur*.



Weiterführende Literatur

Peter Baldwin: *Contagion and the State in Europe 1830–1930*. Cambridge 2005.

Inga Birkhölzer: *Reconstructing the 1855 Cholera Epidemic in Basel Using Geographic Information Visualization*. Masterarbeit. Zürich 2023.

Flurin Condrau: *Demokratische Bewegung, Choleraepidemie und die Reform des öffentlichen Gesundheitswesens im Kanton Zürich (1867)*, in: *Sudhoffs Archiv* 80 (1996), Nr. 2, S. 205–219.

Séveric Yersin: *Santé publique et État central. Le contrôle des maladies infectieuses de l'humain et de l'animal en Suisse, 1800–1920*. Thèse de doctorat. Basel/Paris 2024.